

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der kommun. Genossenschaftler

Bezugspreis: drei Monate monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Aufstellungsgelder) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-11 / Geschäftsstelle und Redaktion: Büttnerstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690
Erscheinenszeiten: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitage von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: die neunmal gestrichelte Normzeile oder deren Raum 0,25 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Restzeile einschließlich an den dreifachen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-11, Büttnerstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Montag den 7. Oktober 1929

Nummer 234

Geheimpakt der SPD mit Industriellen

Bereits mitten in der Durchführung: Abbau der Sozialfürsorge, Senkung der Besitzsteuern / Erhöhung der Massensteuern / Verschärfung der Kommunalbetriebe / Oefizielles Abwürgung von Wirtschaftskämpfen im Einverständnis mit Gewerkschaftsführern / Schamlose Wahldemagogie der ostfachsichen Sozialfaschisten

Hochschulprofessor Raab plaudert aus:

Bindende Beschlüsse zur Durchführung des Youngplanes

Im Verlag Reimer Hobbing in Berlin ist dieser Tage ein Buch des bürgerlichen Nationalökonomischen Professors Dr. Friedrich Raab erschienen unter dem Titel „Young-Plan oder Dawes-Plan?“ In diesem Buch finden wir die sensationelle Feststellung, daß bereits ein fester Pakt zwischen den interessierten Industriellen, den Regierungsmännern und den Gewerkschaften zur Durchführung des Young-Planes abgeschlossen ist. In dieser Schrift heißt es:

„Die gelobte Umstellung unserer gesamten inneren Politik mit dem Ziele, produktive Kapitalbildung (d. h. Herausspreißung von noch höheren Extraprozissen — Die Red.) zu fördern, unproduktive Kapitalverwendung (d. h. soziale Ausgaben, menschenwürdige Arbeitslöhne usw. — Die Red.) zu vermeiden, ist durch bindende Beschlüsse der maßgebenden Stellen gesichert.“

Das heißt nichts anderes, als daß Geheimabkommen mit der Müller-Hilferding-Wissen-Regierung bestehen, wonach diese und die reformistischen Gewerkschaftsführer verpflichtet sind, die Forderungen des Young-Planes in Bezug auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse und der gesamten werktätigen Bevölkerung zu erfüllen.

Welcher Sinn in diesen Absicherungen liegt, das zeigen einige Zitate aus einem Buch, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen.

„Produktive Kapitalbildung wirkt unsere Steuerbildung entgegen, die den produktiv verwendeten Teil des Einkommens, das Kapital, härter belastet als den konsumtiv verwendeten, den Verbrauch. Ebenso wirkt der produktive Kapitalbildung unsere Lohnpolitik entgegen, welche die Löhne ohne Rücksicht auf die Rentabilität der lohnabgebenden Unternehmungen bemißt, mit deren Kreditwürdigkeit aber auf die Dauer auch die Möglichkeit zu Wohnzinszahlungen untergräbt.“

Das heißt also nicht mehr und nicht weniger, als daß die abstrakten-mathematischen Berechnungen weiter herabgeleitet, die Verleumdung und Missdeutung weiter erhebt und die Löhne entsprechend der „Rentabilität“, wie der Unternehmer sie aufstellt, zu schärfen herabgesetzt werden sollen. Der Professor Raab macht jedoch noch eine andere Enthüllung, die ein großes Schlaglicht auf den vorgeschriebenen Weg beim Raub der Gewerkschaften und der Forderung der Sozialpolitik wirft. Er schreibt weiter:

„Unproduktive Kapitalverwendung treibt unsere Sozialpolitik, wenn sie die Erparnisse (!) der Arbeitnehmer, nämlich die von ihnen und ihren Arbeitgebern entrichteten Beiträge zur Altersversicherung, zur Krankenversicherung, zur Unfallversicherung, zur Arbeitslosenversicherung usw. zu vermindern sucht, die Möglichkeit zu lassen, diesen erheblichen Teil ihres Einkommens (!) unter eigener Verantwortung leicht zu spenden.“

Das ist nichts anderes als die Richtlinie für die Haltung der Sozialdemokratie bei der Beratung des Willkürlichen Geleitsentwurfs, der wiederum nichts anderes darstellt als die gefällige Erfüllung der Beschlüsse des Geheimpaktes zwischen SPD und Industrie. Bezeichnend ist mir außerdem ähnlich die vielen Redensarten der sozialdemokratischen Presse über die „Wahrung von Wohlständen“ bei der Verteilung des Raubgutes. Das kommt mir auch die widerliche Demagogie des Hermann Reichner'schen Artikels, auf den wir bereits in unserer Sonnabendnummer ein gingen, charakteristisch. Dieser „linke“ Sozialdemokrat hat mit seiner Verteidigung des Geleites und der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nichts anderes getan als die Durchführung des Geheimpaktes zu betonen. Aber noch mehr: Und gerade im Zusammenhang mit den bevorstehenden Kommunalwahlen Wichtiges sagt die Schrift des bürgerlichen Kapitalisten, Professor Raab heißt nämlich weiterhin: „Es ist auch entsprechend der Forderung der Kapitalisten die kommunale Betriebe auf dem Wege einer größeren Verflechtung zu vergrößern, was die Übertragung an das Privatkapital.“ So heißt es u. a.:

„Unproduktive Kapitalverwendung treibt unsere öffentliche Wirtschaft, soweit sie sich auf Gebieten betätigt, auf welchen bei freier Konkurrenz die private Wirtschaft rentabler wirtschaftet.“ (!)

So ist in diesem Buch des bürgerlichen Nationalökonomischen nicht mehr und nicht weniger enthalten als die Begründung und die Waise des Young-Planes der nächsten Monate zur Durchführung des Raubgutes des verbündeten deutschen und internationalen Kapitals, und zwar sind dies Richtlinien, die nach des Professors Versicherung bereits als Geheimabkommen mit den maßgebenden Stellen, d. h. also mit der Regierung, den Industriellenvereinigungen und den reformistischen Gewerkschaftsführern, existieren. In diesem Zusammenhang gewinnt jetzt

auch der demokratische Parteitag

an Interesse, der unter ausschließlicher Betonung der Unerschütterlichkeit der Beteiligung der Sozialdemokratie die Forderung nach einer Amentarierung ausstellt, deren Grundlagen nach dem Referenten Dr. Stolpe folgendermaßen formuliert werden:

Der Zusammenhang zwischen Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Körperschaften muß den Massen hinreichend gemacht werden. Der Wirtschaft muß eine lohnpolitische Schonzeit für die Auffüllung des Kapitalfonds geschaffen werden. Scharfe Heraushebung der steuerfreien Einkommengrenze, Senkung der obersten Steuerläge, Vereinfachung der Gewerbesteuer, öffentliche Ausgabenbeschränkung, Abgrenzung der Deduktionsfähige zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, Festlegung eines festen Prozents für die Ausgaben des Reiches, keine neuen Ausgaben ohne gleichzeitige Ersparnisse auf anderen Gebieten, Bekämpfung der Unternehmungen der öffentlichen Hand, Abkündigung ungünstig arbeitender öffentlicher Betriebe.“

So einheitlich ist der Plan der kapitalistischen Schatzkammer gegenüber den werktätigen Massen, daß der

Vergleich zwischen den Forderungen in dem Buch Friedrich Raabs und den Vorgängen der letzten Wochen

selbst die Zusammenhänge erkennen lassen. Die Vorgänge der letzten Wochen zeigen auch klar genug, daß die Sozialdemokratie im Gegensatz zu ihrer Haltung bei den Wahlversprechungen gegenüber den Wählern, dem Traßkapital keine leeren Versprechungen gemacht hat. Dem Erwerbslosen hat sie bereits das Brot geraubt, sie hat gemeinsam mit den übrigen Koalitionsparteien die Wucherzölle eingeführt, die Minister Hilferding hat bereits die ersten Schritte unternommen, um die Besitzsteuern zu senken und neue Massensteuern in der Form des geplanten Bier-, Tabak-, Zündholzmonopols und der Einführung der Kopfsteuer im Eiltempo zu erlassen.

Um die Arbeiterklasse an der Erfämpfung eines größeren Stückes Brot zu hindern, hat die reformistische Bürokratie mit den Unternehmern Tarifverträge für Hungerlöhne auf Jahre hinaus abgeschlossen, und sie läßt den Arbeitern, die diese Tarife brechen und um höhere Löhne kämpfen, mit Streikbrechertum und übelster Verleumdung in den Rücken.

SPD-Kampf um die Macht der Lüge

Der Wahlausruf der SPD unter proletarischer Lupe / SPD-Röder für das Stimmblech
Der Panzerkreuzerschwindel in neuer Auflage

Dresden, den 7. Oktober.

Wer glaubt, daß die bisherigen Leistungen der SPD auf dem Gebiete der Demagogie Epigeneseleistungen gewesen seien, wird durch den Wahlausruf des ostfachsichen Bezirksverbandes zu den Gemeindevahlen eines Beifalles bedacht. Schamlos und provozierend zugleich wird darin ein Phrasenschwall mit frechen Lügen gemischt und auf die werktätige Bevölkerung losgelassen und wehe dem, der nicht kritisch und die Tatsachen prüfend, an das Studieren dieses Pamphlets geht. Ohne Kenntnis von der Praxis der SPD und damit von den

Verbrechen der SPD gegen die Arbeiterklasse

läßt er Gefahr, dem Ansturm von Demagogie und Lüge zu unterliegen. Deshalb wollen wir diesen Ausruf unter die proletarische Lupe nehmen.

Großsprecherlich wird zunächst verkündet, „die Sozialdemokratie rüht zu Nachkämpfen“. Was aber lehren die Tatsachen? Daß dort, wo diese Ansichte der Ausheuter in Positionen sitzen, rücksichtslos Forderungen der Arbeiter mit Füßen getreten werden. Eber, Koste, Elpinski, Jäggebel und Seering sind nur einige Sozialdemokraten, deren Finger tiefen vom

Im Zeichen des Young-Planes



Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius ist zum vorläufigen Nachfolger Stresemanns ernannt worden. Er wird also im Haag den Youngplan als Außenminister abschließen und gleichzeitig als Wirtschaftsminister seine Durchführung auf Kosten des werktätigen garantieren.

Schon hat Seering sein neues Republiksschutzgesetz ausgearbeitet, das dem Namen nach „auch“ gegen rechts, in der Tat aber, so wie das alte Republiksschutzgesetz, als Ausnahmegesetz gegen das kämpfende revolutionäre Proletariat in Anwendung gebracht werden wird.

Doch die Sozialdemokratie hat bei ihren Geheimpakten mit der Trustbourgeoisie die Rechnung ohne die Kampfentschlössenheit des revolutionären Proletariats gemacht. Die Kämpfe, die unter der Führung der kommunistischen Partei gegen Bourgeoisie und reformistische Bürokratie geführt werden, der Massensturm, der sich über den schändlichen Raub an den Erwerbslosen, über die Wucherzölle, über die geplanten Massensteuern und das neue Antikommunistengesetz erhebt, wird härter sein als der Bund des Kapitals und der Sozialdemokratie.

Durch die Wirtschaftskämpfe, die sich bis zur Entfaltung des politischen Massenstreiks entwickeln, wird das Proletariat diese Ketten der doppelten Sklaverei, mit der der Young-Plan die deutschen Arbeiter zu fesseln droht, sprengen und unter Führung der kommunistischen Partei sich den Sieg erkämpfen!

Blut der um des Profits der Bourgeoisie geschlachteten Proleten. Die Finanzpolitik des Dresdner SPD-Bürgermeisters Führer ist ebenso wie die Raubvorlage Wissells und die Steuerpolitik Hilferdings eine drastische Ergänzung der „Nachkämpfe der Sozialdemokratie“. Wofür und zu wessen Gunsten und für wessen Macht die SPD kämpft, das können die Leser aus unserer heutigen Spähe erfahren. Sie werden dann verstehen, wessen Dienste die SPD erfüllt, wenn sie ihre „Brauchbarkeit“ den werktätigen Wählern anpreißt. Das Feindschaftsnetz der SPD ist jedoch, daß nach den ersten Niederlagen als „Arbeitervertreter“ der Ausruf sich sofort gegen die Kommunisten wendet. Dabei kehrt der alte abgegriffene Rohstäucher-Trick wieder, die Kommunisten mit den falschlichen Wortbrünnern in einen Topf zu werfen, um die Leser der Volkzeitung von den eigenen Verbrechen abzulenken. Wofür aber werden die Arbeiter aufgefordert zu werden?

für die 1 1/2 Milliarden, die aus den Arbeitern mehr herausgepreßt wurden für die Schandpolitik gegen die Erwerbslosen;